

Nürnberg's Privatschulen fordern vor der Wahl:

Gleiche Chancen für alle Schulen!

Rechtzeitig vor der Landtagswahl haben Nürnberg's Privatschulen zum Thema «Chancengleichheit für freie Schulen» in der Tafelhalle eine Podiumsdiskussion mit Nürnberger Politikern veranstaltet. Dabei ging es um seit langem bestehende Forderungen an den Freistaat Bayern: Erhöhung des Schulgeldersatzes, liberalere Genehmigungsverfahren bei Lehrkräften und weniger Bürokratie.

«Wir haben uns bewusst auf Nürnberger Politiker beschränkt, die daran interessiert (und darauf angewiesen) sind, von uns gewählt zu werden», hieß es in der Einladung. Auf dem Podium saßen: Karl Freller (CSU), Angelika Weikert (SPD), Christine Stahl (Grüne), Helmut Fink (FDP) und Dieter Wolz (Freie Wähler). Als Vertreter der Schulen waren Gerhard Helgert (Vorstand Adolf-Reichwein- und Jenaplan-Schule), Hansjörg Hofrichter (Geschäftsführer Bund der Freien Waldorfschulen) und Günter Matthes (Elternvertreter im Montessori-Landesverband Bayern) auf der Bühne.

Bis auf Staatssekretär Freller, der eingangs von einem «guten Miteinander zwischen privaten und öffentlichen Schulen» und einer «Entlastung des öffentlichen Schulsystems» sprach, waren sich alle Anwesenden einig, dass Nürnberg's private Schulen – die 14 Prozent aller Nürnberger Schüler besuchen – massiv benachteiligt werden. Dieter Wolz, ehemaliger Schulreferent der Stadt, sprach von «unglaublichen Eiertänzen» bayerischer Beamter, die die Zuschüsse für freie Schulen «so weit runterrechnen, wie's nur geht». Für Wolz steckt hinter dieser Praxis pure Berechnung der bayerischen Staatsregierung: «Das ist der Versuch, die Privatschulbewegung möglichst niedrig zu halten. Es muss endlich echte Wettbewerbsfähigkeit her!»

Freller wehrte sich: «Vorsatz ist Quatsch. Ein ungeplantes Angebot an freien Schulen wäre allerdings schwierig.» Er werde Ministerpräsident Beckstein «deutlich schreiben, dass die Belange der Privatschulen in die Regierungserklärung aufgenommen werden müssen». Auf den spontanen Einwurf von Angelika Weikert «In den Haushaltsplan!» reagierte Freller mit: «Bleiben wir realistisch. Das wird eine breite Zustimmung brauchen, und Prozesse, bei denen es um erhebliche Summen geht, sind immer langwierig.»

Hansjörg Hofrichter zitierte das sogenannte «Steinbeisgutachten», wonach ein Gymnasiast den Staat pro Jahr 6800 Euro kostet. «Die derzeitigen Zuschüsse, die freie Schulen vom Staat bekommen, decken gerade einmal 60 Prozent davon ab. Wir fordern die zeitnahe Erhöhung des Schulgeldersatzes auf mindestens 90 Prozent.» Elternvertreter Günter Matthes gab zu bedenken, dass er als Steuerzahler ja doppelt zahle, was ungerecht sei. «Außerdem wollen die freien Schulen ausdrücklich auch Eltern, die sich das Schulgeld nicht leisten können. Einige Eltern zahlen für solche Fälle höhere Beiträge. Das will ja auch langfristig finanziert werden.»

Was die Genehmigungsverfahren für Lehrer angeht, fordern die freien Schulen eine Gleichstellung jedes akademischen Abschlusses mit dem ersten Staatsexamen. Für die pädagogische Aus- und Weiterbildung Sorge man selbst. Einigkeit herrschte über die Wichtigkeit der pädagogischen Ausbildung. Weikert möchte, dass diese ausschließlich an den Universitäten stattfindet, könnte sich aber «eine enge Kooperation mit Privatschulen vorstellen». Freller sprach sich für mehr Offenheit bei Zulassungen aus. «Ich habe mich in der Vergangenheit schon oft für Lehrer eingesetzt, die auf dem Papier nicht alle Voraussetzungen erfüllt haben.» Christina Roth

25.9.2008

© NÜRNBERGER ZEITUNG

